

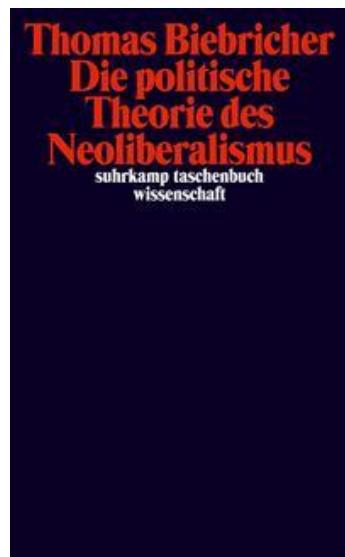


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Thomas Biebricher: Die politische Theorie des Neoliberalismus.

Berlin: Suhrkamp 2021, 345 S., ISBN 978-3-518-29926-5

Thomas Biebrichers zentrales Forschungsthema ist der Neoliberalismus, sein deutscher „Sonderweg“, der Ordoliberalismus, und ihre Beziehung zum Staat. Schon in seiner 2017 eingereichten Habilitationsschrift stand die Frage im Mittelpunkt, was der Neoliberalismus eigentlich ist – oder vielmehr, ob er überhaupt existiere oder nur ein „Schreckgespenst“ der Linken sei. Diese Habilitationsschrift wurde aus dem Englischen übersetzt, ergänzt sowie aktualisiert und liegt jetzt unter dem Titel „Die politische Theorie des Neoliberalismus“ vor. Biebricher will die Entstehung des neoliberalen Denkens in seiner Auseinandersetzung mit Staat und Politik, sein Verhältnis zur Demokratie sowie seine (wirtschafts-)wissenschaftliche Fundierung rekonstruieren – auch wenn oder gerade weil er den Neoliberalismus nicht auf die landläufige Definition eines „ungezügelten Kapitalismus“ verkürzt wissen will.



Biebricher geht dabei in zwei Schritten vor: Im ersten Teil der Arbeit kristallisiert er die Variationen neoliberalen Denkens rund um die zentralen Kategorien Staat, Demokratie, Wissenschaft und Politik heraus, während er sich im zweiten Teil dem „real existierenden Neoliberalismus“ (S. 9) zuwendet, wobei er sich auf Europa – genauer die Europäische Union sowie die Wirtschafts- und Währungsunion – konzentriert. Biebricher wendet sich gegen die neoliberale Theorie als dogmatische Lehre von sich selbst regulierenden Märkten; dieses Verständnis würde zu kurz springen, wenn nicht sogar falsch sein. Er zeigt, dass die neoliberale Theorie zutiefst an der Verbindung und den Schnittstellen von Politik, Gesellschaft und Ökonomie interessiert ist. Er will sie als politische Ökonomie ernst nehmen und von diesem Standpunkt aus die Korrespondenzen und Diskrepanzen zur neoliberalen Praxis untersuchen (S. 18). Damit erklärt sich dann auch, warum er der Theorie des Neoliberalismus den „real existierenden Neoliberalismus“ entgegensezten; dabei schwingt nicht unabsichtlich der „real existierende Sozialismus“ mit, der in der Praxis auch alles andere als die Realisation des theoretischen Heilsversprechens war und ist.

Allerdings kommt hier bei der Lektüre Unwohlsein auf, da der Neoliberalismus mit dieser Analogie gleich ein ideologisches Etikett erhält. Während der Sozialismus marxistischer Prägung tatsächlich ein geschlossenes, ideologisch determiniertes Gedankengebäude aufweist, sind der Liberalismus und damit auch der Neoliberalismus gerade keine klar abgrenzbaren und in sich widerspruchsfreien Denkschulen. Das erkennt und benennt Biebricher auch, lässt sich davon aber nicht beirren, den einmal eingeschlagenen Pfad, den Neoliberalismus als gleichsam ideologisches Projekt, das sich in der Praxis entzaubert, zu beschreiben. Die große Leistung des ersten Teils seiner Habilitationsschrift, den Neoliberalismus als politische Theorie, die über den *Laissez-faire*-Kapitalismus hinausgeht, zu erfassen und

in seinen Widersprüchlichkeiten darzustellen, wird durch dieses *Framing* geschmälert und lässt die Leserin und den Leser mit der Gretchenfrage zurück, wie es der Autor nun selbst mit dem Neoliberalismus hält.

Mit großer Sorgfalt ruft Biebricher die prägenden neoliberalen Denker auf den Plan. Ausgehend von der *Mont Pèlerin Society* und Friedrich August von Hayek beschäftigt er sich entlang der oben genannten Kategorien mit Schriften, Überzeugungen und politischen bzw. politikberatenden Taten von Walter Eucken, James M. Buchanan, Milton Friedman, Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow. Für die politische Praxis kommen neben Margaret Thatcher auch Angela Merkel und Donald Trump zu Wort. Dabei vermag insbesondere die Einordnung Merkels und ihres Amtsvorgängers bzw. ihrer Finanzminister als neoliberaler Politiker (von Trump ganz zu schweigen) nicht zu überzeugen, geht sie doch von der eher dünn belegten These aus, die bundesdeutsche Politik der letzten Jahrzehnte beruhe auf der (schlechten) Beratung durch neoliberaler Ökonomen und einer geradezu engstirnigen Prinzipientreue, ausgerichtet an politökonomischen, neoklassischen Lehrsätzen. Der Blick auf die wirtschafts-, sozial- und fiskalpolitische Praxis in Deutschland, sei es nun in der jüngsten Krisenzeit oder den staatlichen Interventionen der Vergangenheit, lässt weder eine besonders große Prinzipientreue, noch den ernsten Willen zur Austerität, also einer strengen Spar- und Haushaltkskonsolidierungspolitik, erkennen. Vielmehr waren und sind es die liberalen Stimmen, die sich immer wieder gegen die expansive Ausgabenpolitik und den ausufernden Staat der politischen Mehrheiten stemmen – nicht aus ideologischer Verbohrtheit, sondern mit Blick auf die Zukunft und ein Verständnis für das Funktionieren von Wirtschaft und Märkten.

Biebricher attestiert dem Neoliberalismus ein kompliziertes, um nicht zu sagen ablehnendes Verhältnis zur Demokratie. Er kommt zu dem Schluss, dass es sich beim Neoliberalismus um kapitalistische Märkte handelt, die in autoritäre politische Formen eingebettet sind, dass es sich letztlich um ein autoritäres Elitenprojekt handelt. Fest macht er dies vor allem an der deutschen Dominanz in der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik und insbesondere dem Agieren der Troika während der Eurokrise, die unter dem Label der Austeritätspolitik firmierte. Doch da sitzt Biebricher genau jenen Verleumdungen des Neoliberalismus aus dem linken und dem tatsächlich autoritären Lager auf, denen er mit seiner Arbeit entgegentreten wollte. Er verkennt hier – trotz seiner Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ideengeschichte – den Kern des Neoliberalismus, nämlich den Liberalismus selbst.

Genau wie diesem geht es dem Neoliberalismus um das freie Individuum und die Gewährleistung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher (!) Freiheit durch einen funktionierenden Rechtsstaat. Auch im Neo- bzw. Ordoliberalismus stellt der Rechtsstaat keinen Selbstzweck zur Wahrung der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse dar, vielmehr soll er Freiheit und Gleichheit gewährleisten. Und auch wenn das Verhältnis von Marktwirtschaft und Demokratie nicht reibungsfrei ist, da beide an sich keine herrschafts- und friktionsfreien Räume erzeugen, so ist keines der alternativen „Angebote“, beispielsweise des Sozialismus, demokratischer und freiheitssichernder für das Individuum als die soziale Marktwirtschaft. Auch Demokratie an sich stellt noch keinen Wert dar, sondern zunächst einmal eine vereinbarte Spielregel, die freie und an Rechten gleiche Menschen als Grundannahme hat. Ebenso ist nicht jede politische Entscheidung – zumal von demokratisch und durch Verträge legitimierten Entscheidungsträgern – schon deshalb undemokatisch, weil sich öffentlicher Widerstand dagegen erhebt. Die Politik der Eurorettung, die deutsche Außenhandelspolitik und die mangelhafte europäische Krisenpolitik können vortrefflich – und berechtigt – kritisiert werden, für ihre Analyse taugt aber die Annahme Biebrichers, die europäischen Institutionen würden zunehmend neo- bzw. ordoliberalisiert, weit weniger als das bestehende politik- und wirtschaftswissenschaftliche Instrumentarium von Spiel- und Verhandlungstheorie, Systemtheorie und Institutionalismus in all seinen Facetten.



ARCHIV DES
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

 recensio.net